

## Wikileaks HB 2011-2

0. Wikileaks, 100000ende Internetdateien für Normalverbraucher unverwendbar, bekannt erst durch Konflikt mit USA: Infos aus Afghanistankrieg und US-Botschafter Depeschen bekämpfen USA als Anschlag auf Sicherheit

Konflikt wirft zwei Fragen auf, die je für sich zu behandeln sind, weil sich nicht das eine aus dem andren erklärt:

- „Veröffentlichen“ als politischer Kampf - was ist das für ein Programm?
- Wie kann das Regierungen so aufbringen oder was bringt Regierungen so auf?

### 1. Veröffentlichen als politisches Programm

#### a. Was tut wikileaks? [ZI N]

Geheimnisse aus Staat und Wirtschaft veröffentlichen – fertig;  
verfolgen keines ihrer Themen besonders, dringen bei keinem auf besondere Meinung dazu in der pluralistischen Öffentlichkeit z.B. Pro/Contra Krieg;  
dringen also auch nicht auf eine bestimmte Tat, praktische Konsequenz

Proklamieren aber zugleich gewaltige praktische Wirkung

*„The importance of principled leaking to journalism, good government and a healthy society*

*Principled leaking has changed the course of history for the better. It can alter the course of history in the present, and it can lead us to a better future.“*

Wie das?

*„Veröffentlichungen verbessern die Transparenz und diese Transparenz führt zu einer besseren Gesellschaft für alle Menschen. Sie reduziert Korruption und stärkt die Demokratie in allen gesellschaftlichen Institutionen, einschließlich der Regierung, der Unternehmen und anderen Organisationen.“ (ZI About)*

Setzen also auf Öffentlichkeit als „Gegengift“ zu allen gesellschaftlichen Häßlichkeiten, ohne auf besondere Meinung in Öffentlichkeit zu dringen

Setzen auf Öffentlichkeit als vorhandene Institution, die sich als äußerst wirksam einschätzt und so eingeschätzt wird, ohne und vor wikileaks:

#### b. Öffentlichkeit: hohes Selbstverständnis und profane Wahrheit

Ihrem Selbstverständnis nach ist die Öffentlichkeit so etwas wie die vernünftige „Verständigung“ über das „Gemeinwesen“;

und das in Gesellschaften, in denen kapitalistische Konkurrenz und staatliches Gewaltmonopol herrschen, also das Gegenteil von gesellschaftlicher Planung; soll man so denken: „Vermittlung“ *kollidierender* Interessen in Gesellschaft und von Volk und Staat zu einem Gemeinwesen – prüfen wir mal:

**Informieren oder das Berufsethos des Journalismus:** „Fakten, Fakten..“ ermöglichen ‚Einsichtnahme, Prüfung, kritische Verständigung zwischen Führung und Volk über das Gemeinwesen, Einsicht in nichts als die Notwendigkeit‘; Fakten kann niemand als solche veröffentlichen, ohne urteilende Zuordnung; tut auch kein Journalist, auch nicht wikileaks: was er wie bloße Fakten darstellt, sind keine, sondern von Politik und Wirtschaft definierte sog. „Lagen“ und „Problemen“ – eine ganze Ideologie für sich, die auf herrschaftliche Definition

von Entscheidungsbedarfen und Maßstäbe des Entscheidens festlegen; oder gleich Beschlussfassungen der Mächtigen, Gesetze, Geschäftspläne, wie Fakten im Sinne von Gegebenheiten präsentieren, wie das Wetter;

Affirmation methodisch: Was gilt, hat recht; wirklich = vernünftig!

also keine bloßen Voraussetzungen für eine dann freie Urteilsbildung; und auch keine ehrliche Kundgabe eines Urteils als Eröffnung eines offenen Urteilsstreits; „Vermittlung“ ist Schein für einen Akt geistiger Vereinnahmung auf Basis handfester Unterordnung

FAZ 8.2.11: *„Merkel will in die Hartz-IV-Verhandlungen eingreifen. Gabriel: Die Reform muss Chefsache werden. Bisher keine Einigung in Sicht. Trotz eines neuen Finanzierungsvorschlags der Bundesregierung ist eine Einigung im Streit über die Hartz-IV-Reform nicht abzusehen. Am Dienstagabend wollen sich Regierung und Opposition ein weiteres Mal zusammensetzen, um über die Reform der Grundsicherung für Arbeitslose zu beraten. Beide Seiten hatten sich trotz einer neunstündigen Nachtsitzung, die sich bis in den Montag hineinzog, nicht einigen können. Die schwarz-gelbe Regierung ist im Bundesrat auf die Stimmen von SPD und Grünen angewiesen.“*

Die Lebenslage der Arbeitslosen: erstens ein „Problem“, zweitens nichts als Beschlussfrage der zuständigen Machthabenden!

Unzufrieden sein darf die Öffentlichkeit dann mit Machthabenden – genau auf der ideologischen Basis ihrer anerkannten „Verantwortlichkeiten“: **Kommentieren & Diskutieren**

*Heike Göbel*

*Im Vermittlungsausschuss wird gern passend gemacht, was nicht zusammen passt. Man opfert Grundsätze und vor allem Geld, auch solches, was man eigentlich gar nicht hat. Gute Wirtschaftspolitik kommt dabei selten heraus, das zeichnet sich jetzt auch in der Suche nach einem Kompromiss im Hartz IV-Streit ab.*

*Statt sich strikt auf die Vorgaben der Verfassungsrichter zu konzentrieren, die in erster Linie Transparenz bei der Festlegung der Leistungen für Langzeitarbeitslose und ihre Kinder gefordert haben, hat man das Verfahren mittlerweile grotesk überfrachtet....Ob noch jemand glaubt, am Ende dieser Kettenreaktion stünden bessere Chancen für Langzeitarbeitslose auf ein Leben in Würde und Arbeit? Wer so Politik macht, darf sich über Vertrauensverlust nicht mehr beklagen.*

Das ist gelenkte Unzufriedenheit: Im Namen der Langzeitarbeitslosen auf rasches Entscheiden der Entscheidenden drängen (und Göbels Wirtschaftslinie bestellen) – wie schon in der sog. Meldung!

**Enthüllungsjournalismus oder das Selbstbewusstsein der richtenden**

**Öffentlichkeit** über den politischen und wirtschaftlichen Machthabern: a)

„Zuständige, übernehmen Sie!“ , b) die reinigende Macht der Öffentlichkeit d.h.

aufgeputzte staatsbürgerliche Saubermänner – Beides ist: Bestätigung der Herrschaft und zwar in legitimatorischer Rolle – unentbehrliche

Verantwortungsträger - und staatsbürgerliche Willensbildung des Volkes – Nation als Sorgegegenstand samt der aktuellen moralischen Sorgekriterien

Regelmäßiger Endpunkt des Journalismus: Eigentlicher Skandal ist

Vertrauensbruch – Bemühen der Herrschenden um Vertrauen der Bürger ist deren finales Recht; Vertrauen nicht harmlose Arbeitsteilung, sondern Abtreten der Entscheidung an Macht

Fazit: Von wegen, Öffentlichkeit *regiert*, da machen Bürger aus, was ihr Gemeinwesen sein soll!

ZI Staat §10:

*„Da der Staat periodisch von seinen Bürgern die Entscheidung verlangt, auf die Führung der Staatsgeschäfte keinen Einfluß nehmen zu wollen, dafür aber die Konsequenzen dieser Geschäfte widerstandslos zu ertragen, ist sein demokratisches Funktionieren davon abhängig, daß die Enttäuschung der regierten Bürger als positive Grundlage, als Willen zum demokratischen Staat, erhalten bleibt.“*

### c. Wikileaks: Vereinseitigung und Radikalisierung des falschen Selbstverständnisses der Öffentlichkeit

Vereinseitigung: Keine Aufforderung zu bereinigender Tat, sondern Veröffentlichen = Öffentlichkeit übernimmt

*„Die Macht systematischer Enthüllung, Regierungen, Unternehmen und Institutionen zur Rechenschaft zu ziehen, ist durch die jüngsten Ereignisse ausreichend demonstriert worden. Die öffentliche Untersuchung anderenfalls im Geheimen gebliebener Institutionen zwingt diese sich den ethischen Implikationen ihrer Handlungen zu stellen. Welcher Verantwortliche wird eine geheime, korrupte Transaktion riskieren, wenn die Öffentlichkeit es wahrscheinlich herausfinden wird? Welches repressive Vorhaben wird ausgeführt werden, wenn es den Bürgern aufgedeckt wird, nicht nur denen des eigenen Landes sondern der ganzen Welt? Wenn das Risiko von Aufdeckung und Peinlichkeiten steigt, wendet sich das Blatt gegen Verschwörung, Korruption, Ausbeutung und Unterdrückung. Offene Regierung geht eher gegen Ungerechtigkeit vor als dass sie sie verursacht. Offene Regierung deckt Korruption auf und unterbindet sie. Offene Regierung ist die beste Methode für gutes Regieren.“* Geradezu systemisches Vertrauen! Aber:

Radikalisierung: Veröffentlichen nicht im Geiste des Vertrauens, sondern des Misstrauens gegen Herrschaft, das als politische Theorie:

*„Julian Assange: Verschwörung als Regierungsform in autoritären Regimes  
Wo Details über den inneren Ablauf in autoritären Regimes bekannt sind, sehen wir verschwörerische Interaktionen innerhalb der politischen Elite, nicht nur für Vorzugsbehandlung oder Begünstigung innerhalb des Regimes, sondern als hauptsächliche Planungsmethode hinter der Aufrechterhaltung und Verstärkung der autoritären Macht. Autoritäre Regime produzieren Widerstand, indem sie gegen den Wunsch der Leute nach Wahrheit, Liebe und Selbstverwirklichung angehen. Pläne, die der autoritären Macht helfen, schaffen noch mehr Widerstand, sobald sie bekannt werden. Deshalb werden solche Pläne von erfolgreichen autoritären Regierungen unter Verschluss gehalten, bis der Widerstand vergeblich ist, oder die Wirksamkeit der nackten Macht überwiegt. Diese gemeinschaftliche Geheimhaltung zum Nachteil der Bevölkerung reicht aus, um ihr Verhalten als verschwörerisch zu bezeichnen.“*

Verkehrte Auffassungen über Herrschaft: ‚Macht = Herrschaftswissen, Machtausübung = Verheimlichen‘; absurd: Regierungen und Manager sagen an, was sie von ihren Untergebenen wollen, Macht ausüben statt bloß haben!  
‚Herrschaft ist solche gegen den Widerstand gegen Herrschaft‘; zirkulär: Unterordnen unter Gewaltmonopol (oder Eigentum) ist Mittel, nicht Zweck  
‚Herrschaft um der Herrschaft willen‘; wenn es nur so wäre! Moderne Herrschaft etabliert, lebt von und für ein kapitalistisches Produktionsverhältnis, das

alternativlos die Gesellschaft benutzt, die Lebensbedürfnisse der Leute systematisch ausnutzt; auch „Begünstigung“ trifft das gar nicht das Zirkuläre und Absurde zeigt Herkunft des Gedankens: Abwesenheit von guter Herrschaft = Dienst! Dito: „Korruption“ = Parasitär statt fördernd

Falsche Auffassungen über Volk: ‚*Volk = Öffentlichkeit*‘; typisch für wikileaks wie überhaupt zeit-geistige Öffentlichkeitsritter: materielle Interessen und Schäden im Volk kennen die erst gar nicht

Radikalismus ist also Harmlosigkeit: ‚*Veröffentlichen = Ende von Herrschaft!*‘ Dabei 1. Kennen ist nicht Begreifen und Kritisieren, dieses 2. nicht praktisches Abstellen; Wikileaks Theorie über Herrschaft wie über ihre Auflösung eine Fassung des falschen Spruchs „Wissen ist Macht“

d. **Internet-Community:**

Das Ideal einer wirklich freien Öffentlichkeit und eines sich vermittelnden Gemeinwesens: Privatsphäre durch firewall gesichert, Zugang unverbaubar; und Ideal einer wirklich mächtigen Öffentlichkeit: Meinen aktiv und unzensurierbar; das alles angeblich technisch verbürgt: Empfänger & Sender und die erbärmliche wirkliche Rolle im Netz als Meinung: „Blog“ unter Bloggern, erklärtermaßen bloß subjektive Äußerung in einem unendlichen Pluralismus - jenseits der praktischen Ordnung von Geschäft & Gewalt

In letzterer: Kampf um ‚*Zugangsfreiheit*‘ im Internet: Freiheitsrecht so absolut Anliegen, dass jenseits von Interesse; die wollen ja gar keine Kinderpornos; dann ist aber Freiheit bei denen nichts anderes als Dürfen und Bitte um Lizenz!

e. **Linkes Wunschdenken: Gegenöffentlichkeit**

„Unterdrückte Nachrichten“ sind selten unterdrückt, meistens unpubliziert; das lebt von harter Wahrheit über fertig gebildete Öffentlichkeit: die anerkennt als „relevante“ nur herrschende „Fakten“, daher nicht soziale Nöte und Interessen der Abhängigen und Verlierer; denn durchgesetzt: Lebensunterhalt = private Durchsetzung in Konkurrenz, keine soziale Frage

Indymedia, Labournet etc. irren sich deshalb: Infos, Veröffentlichen von Arbeitskämpfen etc., ändern herrschendes Urteil nicht; indes: wenn Linke auf linkem Urteil beharren, da werden Linke in der freien Öffentlichkeit schnell zu „Feinden der Meinungsfreiheit“ gemacht

„collateral murder“ oder die Hoffnung in die aufklärende Leistung schockierender Bilder: kein Bild sagt mehr als das herrschende Urteil; Bild ruft Gefühl, das abstrakt – der Arme – und dann vorhandenes Urteil ab, jeweils das, das Gewohnheit / Gefühl geworden ist: „*selbst schuld/Feind*“ – „*Betreuungsfall der Zuständigen*“ – „*übles System*“  
insofern ist der Titel des wikileaks-Videos das Aufklärerische an der ganzen Veröffentlichung gewesen, weil er zwei gegensätzliche offizielle Urteile kreuzt

## 2. Regierungen bekämpfen Wikileaks als Staatsfeind – warum?

Vorgehen insbesondere der USA sieht ja fast wie Bestätigung der Verschwörungstheorie aus. Ist es aber nicht.

### a. Informationspolitik

erklärt sich aus Öffentlichkeit als Institution, verstößt nicht gegen sie:

Regierungen kämpfen um gewünschte gute Meinung über ihre Taten: anerkannte Notwendigkeit, Ausfluss gut geheißener Prinzipien, Feindbild zur Rechtfertigung des eigenen Gewalteinsatzes; „kommunizieren“, „embedded journalists“...

ZI Staat 105:

*„Auf der Basis des gemeinsamen Interesses am Staat suchen Journalisten Politiker auf und laden Politiker Journalisten ein, um sich wechselseitig die Meinung zu sagen – und diese langweilige Praxis wird regelmäßig durch einstweilige Verfügungen, Beleidungsklagen und Schadenersatzprozesse mit hohem Streitwert (es geht um die Ehre!) unterbrochen. Und weil manchmal schon die Verbreitung eines Sachverhalts so gut wie eine interessierte Interpretation politischer Untaten das Ansehen eines Staatsmannes ramponiert, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat erschüttert oder gar dem äußeren Feind die Spionage zu billig macht, erscheint manchem Politiker die freie Presse als eine staatzersetzende Mafia, was umgekehrt dazu führt, daß Journalisten jeden Staat und seine Vertreter daran messen, wieviel sie für die Pressefreiheit übrig haben.“*

### b. Diplomatie

weniger der enthüllte Inhalt (Merkel, eine Teflonpfanne, nicht nach Aussehen, sondern als bräsige Machtcharaktermaske – beleidigend?),

der Eingriff in ein exklusiv hoheitliches Feld des Veröffentlichens, das verfolgen Regierungen als Verbrechen;

denn das Verlautbaren in der Diplomatie richtet sich gar nicht in erster Linie an Öffentlichkeit, sondern an Hoheiten; interne Einschätzung das eine, externe Kundgabe das andre in Diplomatie, nämlich ein praktischer Staatsakt:

V der diplomatischen Einschätzung einer Staatsfigur: sagt Verträgen oder Konflikt mit Staat an; V. einer Absprache: will anderen Staat darauf festlegen oder (Vertrags-)Treue testen usw.;

dass Diplomaten da untereinander jetzt Klarstellungen machen müssen, geht; kreiden sie aber Wikileaks als Eingriff in Souveränität an

### c. Geheime Dienste

Vorwurf der Gefährdung von Geheimnisträgern ist entweder dasselbe wie in b).

Oder: Staaten wollen wirklich nicht, dass ihr Gegenüber weiß, was sie alles wissen und was und wen sie alles auswerten.

Dass allerdings Spionage immer zum politischen Verkehr der Staaten gehört, die nach öffentlicher Selbstdarstellung nur dem Frieden dienen, das verheimlichen sie wieder gar nicht, sondern vertreten auch in der Öffentlichkeit ihr Recht darauf!

Ebenso öffentlich verfolgen Staaten nicht nur eigenen Staatsbürger Manning (Militärgefängnis), sondern international Wikileaks und widerlegen mit ihren Machtmitteln - Kontrolle übers Geld in aller Welt, Strafrecht und Polizei auch grenzüberschreitend, Erpressung von Geschäftsleuten und Staaten - den verharmlosenden Quatsch, dass politische Macht Wissen bzw. dessen Geheimhaltung ist.

**Nachträge:**

„Facebook-Revolutionen in Arabien“: Da verwechseln selbstverliebte Öffentlichkeitsarbeiter Mittel und Zweck. Effiziente Kommunikationsmedien sind die elektronischen schon. Aber was die Aufständischen da mitgeteilt und organisiert haben, war ihre Kritik an den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Und nicht das fade Freiheitsideal, das manche ans Twittern im Netz knüpfen.

Geheimhaltung 1: Das gilt den Profis der Öffentlichkeit als schwer(st)es Vergehen von Mächtigen in Politik und Wirtschaft, die ansonsten als Verantwortungsträger voll respektiert sind: wenn sie etwas unter der Decke halten.

Nicht gegen Inhalt geht dann der Vorwurf.

Beleidigt ist der Wille zu Verständnis und Vertrauen bzw. bei den Profis das Verantwortungsbewusstsein des Vermittlers! Da hagelt es eine öffentliche Herrschaftskritik: Misstrauen, die um Widerlegung durch die Oberen bittet.

Die ist leicht, sie müssen nur alles ansagen: Wenn der Chef Rationalisierungspläne samt Kündigungen ordentlich „kommuniziert“, ist kaum noch etwas dagegen zu sagen?! Wenn der Krieg in Afghanistan vom Kriegsminister endlich Krieg genannt wird, dito!

Geheimhaltung 2: Natürlich gehört Geheimhaltung zum Herrschaftsgeschäft, wenn und weil dieses Konkurrenz um Macht und Geld ist.

Da ist sie aber Mittel, nicht Zweck und Ertrag! Staaten sichern die abschreckende Wirkung ihres Militärs, wenn ihr Gegenüber dessen Fähigkeiten nicht genau kennt und kalkulieren kann; Kapitale machen Extraprofite am Markt mit geheimen Kostensenkungsmethoden und erst beim Markteintritt enthüllten neuen Produkten etc. Also gilt hier Geheimhaltung eher den mächtigen Konkurrenten als dem öffentlich meinenden Fußvolk.

Wie beziehen sich (umgekehrt zum o. Ausgeführten) die akkreditierten Öffentlichkeitsarbeiter auf wikileaks?

Erstens beuten sie sein Material für ihre „gewichtete“ „Information“ und „Enthüllungen“ aus.

Zweitens legen sie das Unterlassen solcher deutenden Meinungsbildung – zu der sich die Ritter bloßer Fakten hier mal bekennen – wikileaks als „Verantwortungslosigkeit“ zur Last. Manche Ritter der freien Presse nehmen ihre staatstragende Rolle als Meinungsbildner des Pöbels so ernst, dass sie noch vor der US-Regierung Assange als Staatsfeind enthüllen.

Drittens vermitteln sie ihrem Publikum, dass, wer „Verantwortungsträger“ haben und ihnen vertrauen will, ihnen schon auch allerhand Geheimhaltung und Spinning zugestehen muss. Ein verlogenes Argument für etwas Wahrheit über Herrschaft und die zu ihr gehörenden Methoden.